

„Auf zum Entscheidungskampf!“ Parteiarbeit und Wahlkampf bei den rheinisch-bergischen (National-)Liberalen um 1907

I.

Das Rheinland, genauer gesagt die preußische Rheinprovinz war im Kaiserreich eigentlich kein gutes Pflaster für liberale Politiker. Nicht allein, aber vor allem das konfessionelle Element mit einem überwiegenden Anteil an Katholiken sorgte dafür, dass die ursprünglich durchaus beachtliche Position der liberalen Parteien beim Mandatsanteil zwischen preußischem Verfassungskonflikt und der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert stark zurückging: Waren 1862 rund 90 % der „rheinischen“ Mandate im preußischen Abgeordneten-Haus an die Liberalen unterschiedlicher Schattierung gegangen, und konnten diese im Reichstag des Norddeutschen Bundes fast zwei Drittel der Sitze in der Rheinprovinz erobern, so fiel der Mandatsanteil bis zur Jahrhundertwende auf unter 10 %.¹ Es verblieben nur noch einige liberale „Hochburgen“. Zu diesen gehörte der Wahlkreis Düsseldorf 1, der den damaligen Kreis Mettmann umfasste, also das Gebiet südlich und südwestlich des heutigen Wuppertals einschließlich der Stadt Remscheid.²

In diesem Wahlkreis, dessen 250.000 Einwohner (1905) zu drei Vierteln protestantisch waren und dessen Beschäftigte mit fast gleich hohem Anteil zum sekundären Sektor gehörten, hatten liberale Kandidaten bei Reichstagswahlen nach wie vor Chancen: Hatte am Anfang mit Heinrich von Sybel ein prominenter Nationalliberaler den Wahlkreis für den konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes erobert,³ so hielt diese nationalliberale

* Für wichtige Vorarbeiten und wie immer hervorragende Zusammenarbeit danke ich meiner Kollegin Susanne Ackermann. Das Zitat in: Archiv des Liberalismus (ADL), Gummersbach, N 127–13, siehe unten Anm. 6.

1 Ein Überblick bei Jürgen Frölich: „Liberalismus ist rheinisch!“ Statistisches zu den „rheinischen“ Zügen liberaler Parteien zwischen Kaiserreich und wiedervereinigter Bundesrepublik. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 31 (2018), S. 215–233, hier S. 217–222.

2 Zur Struktur des Wahlkreises vgl. Carl-Wilhelm Reibel (Bearb.): Handbuch der Reichstagswahlen 1890–1918. Bündnisse – Ergebnisse – Kandidaten. 2 Bde. Düsseldorf 2007, Bd. 1, S. 849 f.

3 Vgl. Hirth's Parlaments-Almanach. 3. Ausgabe. Berlin 1867, S. 33 (https://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt4_h1_bsb00003436_00034.html) (Zugriff 15.2.2021).

Dominanz im Jahrzehnt nach 1871 an.⁴ Bei der vorgezogenen Wahl von 1878 ging der Wahlkreis an die Freikonservativen verloren, die aber darauf von den Freisinnigen abgelöst wurden, welche den Wahlkreis in den 1880er Jahren behaupteten.

Die konfessionelle und soziale Struktur der Region bildete allerdings auch einen guten Nährboden für die Sozialdemokratie; bereits bei der zweiten Reichstagswahl 1867 konnte sich der Kandidat des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins dort für eine Legislaturperiode durchsetzen.⁵ Der sozialdemokratische Vormarsch wurde danach zwar lange mittels Absprachen im bürgerlichen Lager, die auch die Zentrumspartei miteinschlossen, eingedämmt, aber die Sozialdemokraten entschieden 1893 und 1903 die Stichwahlen jeweils für sich, nachdem sie dabei schon im ersten Wahlgang mit großem Vorsprung vorn gelegen hatten.

II.

Für diesen aus liberaler Perspektive recht spannenden Reichstagswahlkreis konnte nun in das Gummersbacher Archiv ein nicht umfängliches, aber durchaus aussagekräftiges Aktenkonvolut der örtlichen Nationalliberalen übernommen werden, das der Wolf-Erich-Kellner-Preisträger von 2019, Desiderius Meier, übergeben hat und das sogleich erfasst und erschlossen worden ist.⁶ Da solche regionalen Parteiuunterlagen ziemlich selten sind, sei der neue Bestand hier kurz vorgestellt, zumal er an einer Stelle auch mitten in die „große“ Politik führt.

Über den Urheber des Konvoluts wird hier leider so gut wie nichts preisgegeben, auch sonst ist nicht allzu viel über August Kolk bekannt. Er wurde am 18. März 1855 in Haan geboren und verstarb am 4. November 1924 in Vohwinkel.⁷ Die im Sterberegister auftauchende Berufsbezeichnung „Kaufmann“ ist wohl eher eine Untertreibung, „Großkaufmann“ wäre wohl angebrchter gewesen. Denn 1879 gründete August Kolk im damals noch eigenständigen, bereits ans Eisenbahnnetz angeschlossenen Vohwinkel eine Holzhandlung,⁸ die schnell wuchs: Sie profitierte vom Eisenbahnbau, für den sie Bahnschwellen und Holz für den Waggonbau lieferte, und versorgte außer-

4 Vgl. Reibel: Handbuch (wie Anm. 2), S. 850 ff.

5 Vgl. Hirth's Parlaments-Almanach 5. Ausgabe. Berlin 1867, S. 33 (https://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt4_h1_bsb00003438_00033.html) (Zugriff 15.2.2021).

6 Bestand August Kolk, ADL N 127.

7 Freundliche Auskunft von Thorsten Dette vom Zentrum für Stadtgeschichte und Industriekultur Wuppertal mit Mail vom 2.2.2021.

8 Siehe <https://www.wuppertal-vohwinkel.net/l-home/chronik.htm> (Zugriff 1.2.2021).

dem die Ruhrindustrie mit Holzkisten.⁹ Die Firma existiert noch heute und befindet sich offenbar weiterhin in Familienbesitz,¹⁰ wenn auch ein Sohn des Firmengründers kurz vor Ende des Ersten Weltkrieg als Oberleutnant in Frankreich fiel.¹¹

Vohwinkel lag genau im Zentrum des Wahlkreises Düsseldorf 1. Daher war es sinnvoll, dort auch die Spitze der nationalliberalen Wahlkreisorganisation anzusiedeln. So hatte zwar das gemeinsame Sekretariat für die beiden Wahlkreise Düsseldorf 1 und 3 (Solingen) seinen Sitz in Solingen. Aber die Honoratioren des ersten Wahlkreises tagten wiederholt in Vohwinkel, im „Gasthof Deutscher Kaiser“. Da Kolk einmal das Protokoll unterzeichnete¹² und ein anderes Mal der Einladende war,¹³ dürfte er in diesen Jahren den Vorsitz im „Nationalliberalen (Wahl)Verein des Kreises Mettmann“ innegehabt haben, auch wenn sich dies nicht an anderer Stelle, etwa den Organisationshandbüchern der Partei, verifizieren lässt. Für diese Vermutung spricht auch, dass Kolk Adressat für Anschreiben an den Wahlkreisverein¹⁴ und Mitglied im Provinzialvorstand für die Rheinprovinz war.¹⁵ Dass er zudem auch kommunalpolitisch aktiv war, ergibt sich aus der Bezeichnung „Beigeordneter“, also stellvertretender Bürgermeister nach der preußischen Städteordnung, die an einer Stelle auf ihn angewandt wird.¹⁶

III.

Wie setzt sich nun das Aktenkonvolut, das eine Laufzeit von 1905 bis 1912 hat, im Einzelnen zusammen? Es handelt sich erkennbar nicht um eine systematische Sammlung, sondern wohl um eher zufällig überlieferte Einzelstücke. Protokolle oder Rundschreiben hat es im Zeitraum sicherlich wesentlich mehr gegeben, aber nur vereinzelt sind sie erhalten geblieben. Ihre Urheber stammen von sehr unterschiedlichen Ebenen der Nationalliberalen Partei und

9 Vgl. http://www.medienwerkstatt-online.de/lws_wissen/vorlagen/showcard.php?id=23276 (Zugriff 1.2.2021).

10 Vgl. <https://kolk-holz.de/unternehmen/> (Zugriff 15.2.2021).

11 Gerhard Hirschfeld u.a. (Hrsg.): 1918. Die Deutschen zwischen Weltkrieg und Revolution. Berlin 2018, S. 291.

12 ADL N 127–9 (18.12.1905).

13 ADL N 127–8 (3.3.1911).

14 ADL N 127–3 (27.4.1909).

15 Organisationshandbuch der Nationalliberalen Partei. 6. Jg. 1914/15 Berlin o.J., S. 279. Sein Name fehlt aber im vorhergehenden Band für 1912, obwohl Kolk offenbar Delegierter des Provinzialparteitags war. ADL N 127–12.

16 ADL N 127–1, Parteiausweis von 1909.

lassen sich von der schon erwähnten Wahlkreisebene über den Provinzialverband¹⁷ bzw. dessen Geschäftsstelle¹⁸ bis hin zum Zentralvorstand verorten.

Vor allem zwei Rundschreiben der Berliner Reichsgeschäftsstelle – einmal handschriftlich hektographiert und mit der Unterschrift von Robert Friedberg (1851–1920) versehen, dem Vorsitzenden des Geschäftsführenden Parteiausschusses,¹⁹ zum anderen in Maschinenschrift mit persönlicher Anrede und neuem Signet sowie der zusätzlichen Unterschrift von Ernst Bassermann 1854–1917, dem nominellen Parteivorsitzenden²⁰ – werfen ein eigentümliches Licht auf die Parteiarbeit bzw. das Verhältnis zwischen Parteiführung und Untergliederungen: In beiden Fällen ging es darum, dass Berlin mehr finanzielle Unterstützung erwartete, sei es durch direkte Zuwendungen, sei es durch den Bezug von kostenpflichtigen Parteipublikationen. Das könnte ein Reflex auf die schon von Dieter Langewiesche konstatierte relative schwache Stellung der nationalliberalen Parteizentrale sein, die wenige Befugnisse gegenüber den vergleichsweise starken Untergliederungen hatte.²¹

Aber auch der rheinische Provinzialverband versuchte, Gelder von den Untergliederungen zu akquirieren, hier in Form von Abführungen für Delegierte.²² Diese betragen offenbar mindestens 30 Mark, und es ist nicht ganz klar, wie dies die Wahlkreisverbände „gestemmt“ haben. Denn sie konnten bis zu 20 Delegierte für den Provinzial-Vertretertag bestimmen, und ein Mitglied wie August Kolk, als Großkaufmann sicher eher überdurchschnittlich vermögend, zahlte 1909 zwei Mark Jahresbeitrag.²³ Ende 1908 sind die Parteifinanzen sicherlich nicht zum einzigen Mal auch ausführlich auf einer Sitzung des Provinzialvorstandes diskutiert worden.²⁴ Finanznöte auf allen Partieebenen waren also offenbar keinesfalls ein Problem, das sich auf die Linksliberalen begrenzte,²⁵ sondern beschäftigten allem Anschein nach auch die industrienahen²⁶ Nationalliberalen vor dem Ersten Weltkrieg intensiv. Darauf wird in anderem Zusammenhang noch zurückzukommen sein.

17 ADL N 127–5, 6, 10–12.

18 ADL N 127–7.

19 ADL N 127–4 (Oktober 1908).

20 ADL N 127–3 (27.4.1909).

21 Dieter Langewiesche: Liberalismus in Deutschland. Frankfurt/M. 1988, S. 150 f., vgl. auch Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866–1918. Bd. 2: Machtstaat vor der Demokratie. München 1992, S. 528.

22 ADL N 127–5, Bl. 2 (5.10.1905).

23 Vgl. ADL N 127–5 u. 2.

24 ADL N 127–10 RS.

25 Vgl. ADL N 109–49. Friedrich Naumann an Gerhart von Schulze-Gaevernitz, 7.11.1911, sowie Friedrich Naumann: Die Parteiorganisation! In: Die Hilfe 34 v. 21.8.1919, S. 450 ff.

26 Auf der Vorschlagsliste für den Provinzialvorstand trugen 1912 von den 44 außerhalb der Jungliberalen aufgeführten Personen 13 den Titel Fabrikant oder Fabrikbesitzer, zwei waren Kommerzienräte und zwei sonstige „Kaufleute“, ADL N 127–12.

Nicht ganz dazu passt, dass die regionalen Parteiveranstaltungen in einem wohl eher großbürgerlichen Ambiente stattfanden: So tagte der Provinzialvorstand 1908 im Kölner „Savoy-Hotel“²⁷ und ein Jahr später im Kurhaus von Bad Kreuznach.²⁸ Den „Rheinischen Vertretertag“ führte man 1912 in der Kölner „Lesegesellschaft“ durch. Dabei wurde allerdings ein Großteil der Kosten auf die Delegierten abgewälzt, die ihr Mittagessen „zum Preise von 3,- M einschl. ½ Flasche Wein“ und die Übernachtung „zum Preise von 2,50 M und höher (einschl. Frühstück)“ selber tragen sollten.²⁹

IV.

Wohl am bemerkenswertesten ist ein nur vier Schriftstücke umfassender Faszikel, der sich auf den Anfang des Jahres 1907 datieren lässt. Zwei davon sind ganz unscheinbar, haben aber Bezug zur „großen“, d. h. nationalen Politik: Es sind kleine rechteckige, offenbar auf Papier von hoher Qualität³⁰ gedruckte Zettel mit der Aufschrift „Professor Richard Eickhoff, Remscheid“.³¹ Aus dem Kontext geht hervor, dass es sich um Wahlzettel für den zweiten Urnengang bei der Reichstagswahl von 1907 handelt, bei der es – wie während des gesamten Kaiserreiches üblich – keine vorgedruckten, offiziellen Stimmzettel gab, ohne die eine Wahl heute unvorstellbar wäre. Dies war ein verbreiteter Ausgangspunkt für notorischen Streit und ein breites Einfallstor für die berüchtigten „Wahlbeeinflussungen“.³² Denn die Stimmzettel waren vom Wähler – bis 1918 ausschließlich aus der männlichen Bevölkerung – ins Wahllokal fertig mitzubringen, das heißt, sie mussten außerhalb fertiggestellt werden, zugleich war aber eine gewisse Form und Farbe (weiß) vorgeschrieben. Schon ob das eingehalten wurde, war oft Anlass für Diskussionen und Beanstandungen. Hinzu kam die Art der Beschriftung, die vor Eintritt ins Wahllokal erfolgen musste. Die Parteien gingen deshalb immer mehr dazu über, vorab Wahlzettel für ihre Kandidaten zu produzieren und an die Wähler vor der Wahlstätte zu verteilen,³³ wie hier im Falle des linksliberalen Kandidaten Eickhoff.

27 ADL N 127–10.

28 ADL N 127–11.

29 ADL N 127–12.

30 Der ursprüngliche Weißton ist im Gegensatz zu den meisten anderen Dokumenten hier auch nach fast 115 Jahren noch weitgehend erhalten.

31 ADL N 127–13.

32 Margaret Lavinia Anderson: Lehrjahre der Demokratie. Wahlen und politische Kultur im Deutschen Kaiserreich. Stuttgart 2009 (zuerst Princeton NJ 2000), S. 60 (Zitat) sowie speziell ebd., S. 78–88.

33 Vgl. ebd., S. 99 f.

Allerdings blieb es nicht beim bloßen Verteilen, sondern versuchten die Eickhoff unterstützende Kräfte auch an anderer Stelle, die Wähler zur Stimmabgabe für den Gemeinschaftskandidaten des bürgerlichen Lagers zu bringen. Es waren dann auch nicht die Stimmzettel, die die Wahl von 1907 im Wahlkreis Lennep-Mettmann zum auch überregional bedeutsamen Politikum machten. Zunächst stellt sich allerdings die Frage, warum Stimmzettel für einen linksliberalen Kandidaten in nationalliberale Parteiunterlagen kamen. Sammelte man möglicherweise Material für eine Wahlanfechtung? Denn Richard Eickhoff (1854–1931) hatte zu diesem Zeitpunkt bereits seit zwei Legislaturperioden für Eugen Richters Freisinnige Volkspartei im Reichstag gesessen, gewählt im weit entfernten Wahlkreis Erfurt 3 (Mühlhausen-Langensalza), wo er sich zweimal in der Stichwahl gegen die Freikonservativen hatte durchsetzen können.³⁴ Die Erfolge waren nicht zuletzt dank sozialdemokratischer Unterstützung im zweiten Wahlgang eingetreten. Dieselbe Stichwahlkonstellation bestand dort im Thüringischen auch im Jahr 1907.

In Lennep-Mettmann wiederum unterstützten nicht nur die Nationalliberalen, die also keineswegs die Wahl Eickhoffs anfechten wollten, sondern auch die Freikonservativen dessen Kandidatur. Und so führt dieser schmale Aktenfaszikel in die Tiefen des kaiserzeitlichen Wahlsystems und der damit verbundenen Wahlkultur, die allerdings im Jahr 1907 nochmals eine ganz spezielle war. Gerade aus (national-)liberaler Perspektive fand dieser Wahlgang ähnlich wie bei der ebenfalls vorgezogenen Wahl von 1878 und bei der von 1887 unter besonderen Auspizien statt, nur dass es diesmal nicht mehr um die nationalliberale Vormachtstellung im Reichstag ging. Diese war spätestens seit 1890 dauerhaft verloren gegangen.

Aber es bestand Aussicht, den liberalen Einfluss auf die Regierungspolitik zu stärken wie seit Jahrzehnten nicht mehr, und dies galt nicht nur für die zeitweise zumindest inoffiziell mitregierenden Nationalliberalen, sondern auch erstmalig für die Linksliberalen. Denn die faktische Koalition von Konservativen und politischem Katholizismus war Ende 1906 über Kolonialfragen zerbrochen und Reichskanzler Bernard von Bülow löste in der Hoffnung auf eine neue liberal-konservative Mehrheit vorzeitig den Reichstag auf.³⁵ Die Konstellation war ähnlich wie bei den „Kartellwahlen“ von 1887, nur dass diesmal der linksliberale Freisinn in das liberal-konservative Wahlbünd-

34 Vgl. Reibel: Handbuch (wie Anm. 2), S. 536 ff.; zur Vita von Eickhoff vgl. Bernd Haunfelder: Die liberalen Reichstagsabgeordneten 1871–1918. Ein biographisches Handbuch. Münster 2004, S. 120 f.

35 Zum Hintergrund vgl. aus einer Vielzahl von Studien allgemein Karl Rohe: Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Frankfurt/M. 1992, S. 98–121 sowie speziell zu 1907 Gerd Fesser: Reichskanzler Bernard Fürst von Bülow. Eine Biographie. Berlin 1991, S. 96–99, Nipperdey: Deutsche Geschichte (wie Anm. 21), S. 729–732 u. Jonathan Sperber: The Kaiser's Voters. Electors and Elections in Imperial Germany. Cambridge 1997, S. 240–254.

nis einbezogen wurde und sich so der Wahlunterstützung „amtlicher“ und anderer Stellen jenseits der klassischen liberalen Trägerschichten im Bürger-tum erfreute.

V.

Dem Ausgangspunkt in der Kolonial-, das heißt deutschen „Weltpolitik“, ge-mäß fand der Wahlkampf vor allem unter national- und machtpolitischen Vorzeichen statt: „Fest steh‘ auf bergischen Höhen die Wacht – Für deutsche Ehr‘ und Macht!“ Dies war die zentrale Botschaft in dem Wahlauftruf an die „Wähler des bergischen Landes“, den unter der Überschrift „Auf zum Ent-scheidungskampf!“ die Freisinnige Volkspartei, die Nationalliberale Partei und die Freikonservative Partei Ende Januar 1907 für die Stichwahl in Lennep-Mettmann veröffentlichten.³⁶ Gegner des Wahlbündnisses, aus dem der spätere, nicht sehr langlebige „Bülow-Block“ hervorging, waren die als „na-tional unzuverlässig“ angesehenen Kräfte in der Zentrumspartei und in der Sozialdemokratie. Dabei setzten die „Koalitionäre“ die Akzente teils un-terschiedlich: War für Konservative und Nationalliberale 1907 vor allem die Sozialdemokratie der Gegner, bei den Linksliberalen dagegen eher die Zen-trumspartei.³⁷ Jedenfalls kam es in den Wahlkreisen unabhängig von der Ge-samtlage durchaus zu unterschiedlichen und zum Teil gegensätzlichen Kon-stellationen: Wie erwähnt setzte sich beispielsweise in Thüringen Eickhoff erneut gegen die ihn anderswo unterstützenden Freikonservativen durch, wäh-ren Friedrich Naumann gleichzeitig in Heilbronn einen Wahlfeldzug gegen die agrarisch-konservativen Kräfte führte, die eigentlich seine Bünd-nispartner gewesen wären.³⁸

Neuartig war in diesem Wahlkampf das massive Eingreifen der sogenann-ten „nationalen Verbände“, das den bürgerlich-protestantischen Parteien zu Gute kam und die organisatorischen Rückstände dort gegenüber politischem Katholizismus und Sozialdemokratie zeitweise schließen ließ.³⁹ Das machte sich auch in Lennep-Mettmann bemerkbar. Denn diese Region gehörte zu insgesamt 34 Wahlkreisen, in denen das Bülow stützende Wahlbündnis und die hinter ihm stehenden nationalen Verbände wie etwa der „Flottenverein“

36 ADL N 127–13.

37 So zumindest Sperber: *Voters* (wie Anm. 35), S. 245.

38 Vgl. Jürgen Frölich: Von Heilbronn in den Reichstag. Theodor Heuss, Friedrich Naumann und die „Hottentotten-Wahlen“ in Heilbronn 1907. In: *Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte* 67 (2008), S. 353–366.

39 So Sperber: *Voters* (wie Anm. 35), S. 247, vgl. auch Axel Grießmer: Massenverbände und Massenparteien im wilhelminischen Reich. Zum Wandel der Wahlkultur 1903–1912. Düs-seldorf 2000, S. 140–186.

Chancen sahen, die der Sozialdemokratie zu gute gekommenen Ergebnisse der Wahl von 1903 zu revidieren.⁴⁰ Die nationalen Verbände betrieben also auch dort massive Wahlwerbung für den Block-Kandidaten.⁴¹ Aus dem vorliegenden Aktenbestand lässt sich das allerdings nur indirekt entnehmen.

Warum war nun der gemeinsame Kandidat in Düsseldorf 1 ein Freisinniger? Die Bündniskonstellation mit den Nationalliberalen sozusagen als „Mittelpartei“ hätte eine Kandidatur von einem der ihrigen nahegelegt, zumal die Partei in der Rheinprovinz beträchtlich besser verankert war als die linksliberalen Schwesternparteien.⁴² Dem widersprach aber die lokale Wahlgeometrie, wie überhaupt im Kaiserreich den einzelnen Wahlkreisen hohe Bedeutung zukam, insbesondere wegen des Prinzips der Wahl durch absolute Mehrheiten. Dadurch hatten auch eigentlich schwächere politische Kräfte im zweiten Wahlgang der beiden Bestplatzierten eine Chance, wenn sie die Anhänger der ausgeschiedenen Konkurrenten für sich mobilisieren konnten.⁴³ Im Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg wurden liberale Parlamentarier fast ausschließlich auf diesem Wege in den Reichstag gewählt. Und Lennep-Mettmann gehörte aus Sicht der Koalitionäre des künftigen Bülow-Blocks zum linksliberalen „Traditionsbestand“, weil sich aus dem „bürgerlichen“ Lager zuletzt der Freisinn hatte durchsetzen können.

Allerdings trauten die vereinten konservativ-liberalen Parteien offenbar dem früheren Abgeordneten Otto Fischbeck (1865–1939) die Rückgewinnung des Mandats nicht zu, obwohl er ebenso wie Eickhoff der Freisinnigen Volkspartei angehörte.⁴⁴ Vermutlich spielte es eine wichtige Rolle, dass Fischbeck als gebürtiger Pommer und nunmehriger Stadtrat in Berlin als zu wenig in der Region verwurzelt galt, zumal er inzwischen in Niederschlesien in das Preußische Abgeordnetenhaus gewählt worden war. Dagegen stammte Eickhoff vom Niederrhein und war im Hauptberuf Lehrer am Realgymnasium in Remscheid, zudem auch seit 1904 vor Ort gewähltes Mitglied im Abgeordnetenhaus. Zum bergischen „Stallgeruch“ kam vermutlich noch, dass er als „Professor“ weniger als der ehemalige Handelskammer-Syndikus Fischbeck im Geruch der Wirtschaftsnähe zu stehen und deshalb potentiellen Wechselwählern zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie weniger fern

40 Grießmer: Massenverbände (wie Anm. 39), S. 259 Anm. 17, zum Wahlausgang von 1903 vgl. Anderson: Lehrjahre (wie Anm. 32), S. 313.

41 Grießmer: Massenverbände (wie Anm. 39), S. 266.

42 Frölich: „Liberalismus“ (wie Anm. 1), S. 221–224.

43 Vgl. auch Anderson: Lehrjahre (wie Anm. 32), S. 283.

44 Zur Vita vgl. Haunfelder: Reichstagsabgeordnete (wie Anm. 34), S. 135 f. Fischbeck hatte den Wahlkreis 1895 und 1898 jeweils knapp vor dem sozialdemokratischen Kandidaten im zweiten Wahlgang gewonnen und war 1903 in gleicher Weise knapp unterlegen gewesen, Reibel: Handbuch (wie Anm. 2), S. 851 f.

zu sein schien –, Insgesamt galt Eickhoff den „Wählern des bergischen Landes“ wahrscheinlich als besser vermittelbar.⁴⁵

VI.

Die Strategie ging auf, allerdings offenbar nur durch immensen Einsatz. Das lässt sich dem vielleicht interessantesten Dokument dieses Aktenkonvoluts entnehmen, einem als „Vertraulich!“ klassifizierten Rundschreiben an die „Herren Vertrauensmänner“ des Wahlbündnisses, die „Kleinarbeit betreffend!“. Hinter diesem etwas kryptischen Titel verbarg sich nichts anders als ein Merkblatt – man könnte auch sagen: eine Anweisung – dazu, wie sich die „Vertrauensmänner“ am Wahltag verhalten sollten.⁴⁶ Diesbezüglich wurden sieben Vorschläge gemacht, angefangen von der rechtzeitigen und dauerhaften Anwesenheit vor dem Wahllokal zur Verteilung der Stimmzettel, am besten mit entsprechenden Plakaten ausgestattet, über die Überwachung der Stimmabgabe im Wahllokal, um säumige Wähler gezielt anzusprechen, bis hin zu Vorabbesprechungen zwecks Koordinierung der Aktivitäten.

Im oben geschilderten Zusammenhang verdienen zwei der vorgesehenen Maßnahmen besonderes Interesse: Bei der Ansprache von nachlässigen Stimmberechtigten sollte notfalls auch auf externes Personal zurückgegriffen werden. Und außerdem sollten für mobilitätseingeschränkte Wähler Wagen zur Verfügung gestellt werden. Dabei wurde, wie von anderenorts bekannt ist,⁴⁷ wohl nicht bloß an Kutschen, sondern auch bereits an Motorfahrzeuge gedacht. Den Verantwortlichen war klar, dass beides Geld kosten würde. Aber: „Vor den Kosten ist nicht zurückzuschrecken; dieselben übernimmt der Wahlausschuß.“⁴⁸ Hält man sich demgegenüber die erwähnte Finanznot der liberalen Parteien vor Augen und geht nicht davon aus, dass die Freikonservativen außerordentliche Mittel in die Wahl eines Freisinnigen, der sie anderswo piesackte, investierten, dann liegt es nahe, dass Eickhoffs Kandidatur von außerhalb, nämlich von den „nationalen Verbänden“ und damit indirekt von der Reichsregierung nicht nur ideell und mit Flugblättern, sondern auch mit Geld offenbar beträchtlich unterstützt worden ist; das Ganze sollte noch ein Nachspiel haben.

45 Vgl. auch Eickhoffs eigene Ausführungen am 1.3.1907 im Reichstag, Verhandlungen des Reichstags, Bd. 227, S. 167 C (https://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k12_bsb00002837_0000.html) (Zugriff 10.5.2021).

46 ADL N 127–13 (29. Januar 1907). Der unterzeichnende „Vorsitzende“ des „Arbeitsausschusses der vereinigten Parteien“, Wilhelm Rörig, scheint kein Nationalliberaler gewesen zu sein, er ist jedenfalls in den Organisationshandbüchern (wie Anm. 15) nicht nachzuweisen. Möglicherweise handelt es sich um einen Vertreter der „nationalen Verbände“.

47 Fröhlich: Von Heilbronn (wie Anm. 38), S. 362.

48 ADL N 127–13 (29. Januar 1907).

Zunächst einmal aber ging das Kalkül der „vereinigten Parteien“ auf. Eickhoff, im ersten Wahlkampf noch fast zehn Prozent hinter dem sozialdemokratischen Mandatsinhaber liegend, holte in der Stichwahl einen ebenso großen Vorsprung heraus, was vor allem der nunmehrigen Unterstützung durch die genuin konfessionellen Parteien Zentrum und Christ-Soziale zu verdanken war.⁴⁹ Es war das beste liberale Stichwahlergebnis seit 1890.

Ebenfalls in Erfurt 4 gewählt, nahm Eickhoff das hiesige Mandat an, offenbar in der Meinung, der thüringische Wahlkreis sei für seine Partei sicherer. Das war eine Fehlkalkulation, wie sich alsbald herausstellte, denn bei der notwendigen Nachwahl setzte sich dort bald darauf der konservative Kandidat auf Anhieb durch.⁵⁰

VII.

Und so sicher war aber das rheinisch-bergische Mandat auch nicht. Denn im neugewählten Reichstag gehörte die Wahl Eickhoffs zu jenen 87 – von insgesamt 397 – Wahlkreisergebnissen, die im Nachhinein angefochten wurden.⁵¹ Bereits in der dritten Sitzung des neuen Parlaments ging der Zentrumsführer Peter Spahn (1846–1925) Eickhoff scharf an, weil er Kulturmöglichkeit verbreitet habe, obwohl ihn die Zentrumsanhänger in beiden Wahlkreisen unterstützt hätten.⁵² Eickhoff sah sich postwendend zu einer persönlichen Erklärung veranlasst, zumal ihm Spahn auch die durch Indiskretion bekannt gewordene Verbindung zu Generalmajor August Keim (1845–1926) vorgeworfen hatte, dem geschäftsführenden Vorstandsmitglied des Flottenvereins mit guten Beziehungen zum Reichskanzleramt, worauf Eickhoff zunächst noch nicht einging.⁵³

Da nun nicht nur Zentrumspolitiker, sondern auch die Sozialdemokraten und ihre Presse daraus eine massive „amtliche Wahlbeeinflussung“ ableiteten, fuhr Eickhoff wenige Wochen später eine Gegenattacke. Bei der suchte er die Bedeutung der nicht zu verleugnenden Verbindung zu Keim zu minimieren, da eine halbamtlche Wahlunterstützung weder von ihm „ersucht“

49 Reibel: Handbuch (wie Anm. 2), S. 852 f., vgl. auch die ausführlichen Wahlergebnisse in Verhandlungen des Reichstags, Bd. 246, Aktenstück Nr. 685, S. 4441 (https://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k12_bsb00002887_00094.html) (Zugriff 10.5.2021).

50 Reibel: Handbuch (wie Anm. 2), S. 536 f.

51 Vgl. die Übersicht bei Robert Arsenchek: Der Kampf um die Wahlfreiheit im Kaiserreich. Zur parlamentarischen Wahlprüfung und politischen Realität 1871–1914. Düsseldorf 2003, S. 160. Der Fall Eickhoff selbst wird von Arsenchek nicht thematisiert.

52 Verhandlungen des Reichstags, Bd. 227 (wie Anm. 45), S. 21 B–21 C (https://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k12_bsb00002837_00031.html) (Zugriff 10.5.2021).

53 Ebd., S. 38 C–D (https://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k12_bsb00002837_00048.htm) (Zugriff 10.5.2021), zu Keim vgl. Grießmer: Massenverbände (wie Anm. 39), *passim*.

worden wäre noch er selbst davon „das mindeste gemerkt“ hätte.⁵⁴ Zugleich trachte er danach, die Gegner in den Reihen der beiden Oppositionsfraktionen zu spalten. Er sprach nämlich seine Verwunderung darüber aus, dass sich die Zentrumspartei nicht freue, „wenn es so der vereinten Kraft des Bürgertums gelungen ist, auch im Bergischen Lande den Terrorismus der Sozialdemokratie zu brechen“.⁵⁵

Das dürften seine nationalliberalen und freikonservativen Unterstützer gern gehört haben, es half aber erst einmal nichts, denn das Damokles-Schwert einer Wahlannullierung schwabte noch weit länger als ein Jahr über Eickhoff.⁵⁶ Erst am 6. Mai 1908 lehnte der Reichstag in namentlicher Abstimmung den Einspruch aus den Oppositionsparteien gegen den Beschluss der Wahlprüfungskommission⁵⁷ mit 163 zu 128 Stimmen ab. Eickhoff konnte wohl froh sein, dass der Bülow-Block noch nicht zerbrochen war. Denn das Abstimmungsverhalten lief entlang der parteipolitischen Frontstellung, auch Friedrich Naumann stimmte für seinen Fraktionsgenossen und gegen seine eigentlichen Wunsch-Verbündeten in der Sozialdemokratie.⁵⁸ Die sich anschließende Gültigkeitserklärung von Eickhoffs Wahl hatte dann nur noch einen minimalen Vorsprung von 147 zu 143 Stimmen, ohne dass man die Entwicklung in den Mehrheitsverhältnissen auf Anhieb nachvollziehen kann. Die Folge war Erleichterung bei den liberalen Parteien, denn das Reichstagsprotokoll verzeichnete als Reaktion auf den Beschluss „Lebhaftes Bravo links und bei den Nationalliberalen“,⁵⁹ wobei mit links nicht die Sozialdemokraten, sondern die freisinnige Fraktionsgemeinschaft gemeint war.

VIII.

Leider lässt sich dem Aktenkonvolut nicht entnehmen, wie die örtlichen Nationalliberalen im allgemeinen und August Kolk speziell auf diesen Wahlerfolg reagiert haben. Die Parteiarbeit ging offenbar weitgehend unverändert weiter. Es gibt auch keinen Hinweis, dass es einen besonderen Kontakt zu „ihrem“ Abgeordneten gegeben hat. Auch an den Finanznöten änderte sich trotz der aufwendigen Wahlkampagne von 1907 offenbar nichts, womöglich wurden sie dadurch noch verstärkt. Eine derartige Kraftanstrengung blieb

54 Verhandlungen des Reichstags, Bd. 227 (wie Anm. 45), S. 166 A-169 C, Zitate S. 168 C.

55 Ebd., S. 169 B.

56 Vgl. Verhandlungen des Reichstags, Bd. 246, Aktenstücke Nr. 716 u. 718, S. 4535 f. (https://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k12_bsb00002887_00000.html) (Zugriff 10.5.2021).

57 Vgl. Verhandlungen des Reichstags, Bd. 246 (wie Anm. 49), S. 4446.

58 Vgl. Verhandlungen des Reichstags, Bd. 232, S. 5175 C-5177 B f (https://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k12_bsb00002842_00858.html) (Zugriff 11.5.2021) u. ebd., S. 5209 ff.

59 Ebd., S. 5177.

wohl die Ausnahme, 1912 stellten zwar Nationalliberale und die nun in der Fortschrittlichen Volkspartei geeinten Linksliberalen Eickhoff erneut auf. Aber eine „bürgerliche Sammlung“ kam nun weder im ersten noch im zweiten Wahlgang zustande: Zwar konnte Eickhoff knapp vor dem gemeinsam von Christlich-Sozialen und Zentrum aufgestellten Kandidaten in die Stichwahl einziehen und den ursprünglichen Zwanzig-Prozent-Vorsprung seines sozialdemokratischen Konkurrenten in der Stichwahl auf rund fünf Prozent verkürzen, der Sitz ging dennoch verloren, vermutlich weil anders als 1907 die konfessionellen, weiter rechtstehenden Parteien mangels „Gegengeschäften“ in anderen Wahlkreisen diesmal keine Wahlempfehlung für den bürgerlich-liberalen Kandidaten aussprachen, obwohl es im ersten Wahlgang eine anti-sozialdemokratische Stimmenmehrheit gegeben hatte, die auch in der Stichwahl vom siegreichen Kandidaten der Sozialdemokratie nicht übertroffen wurde.⁶⁰ Diese Niederlage bedeutete das Ende für Eickhoffs Karriere als nationaler Parlamentarier, er saß aber bis 1918 weiterhin für die Region im Abgeordnetenhaus⁶¹ und war danach Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei, wo er kurz vor seinem Tod nochmals als Landtagskandidat aufgestellt wurde.⁶²

Mit dem Jahr 1912, in dem die Überlieferung des hier vorgestellten Aktenbestandes endet, verlieren sich auch die politischen Spuren von August Kolk. Er dürfte bis zum Ende des Kaiserreiches, welches auch das Ende der Nationalliberalen Partei bedeutete, Mitglied in deren Provinzialvorstand geblieben sein. Darüber, ob er auch zu Beginn der Weimar Republik – immerhin 63-jährig – sich nochmals politisch engagiert hat, etwa in Stresemanns Deutscher Volkspartei, liegen bislang keine Erkenntnisse vor, hier könnte eine Analyse der Lokalpresse vielleicht hier weiterhelfen.

IX.

Dass sein Engagement für die nationalliberale Sache im Vorfeld des Ersten Weltkriegs recht umfassend war, daran kann man anhand dieser Akten nicht zweifeln. Überhaupt weist der Bestand darauf hin, dass Parteipolitik für das

60 Reibel: Handbuch (wie Anm. 2), S. 852 ff. Auffällig ist auch der Anstieg bei den „ungültigen“ Stimmen in den beiden Stichwahlen von unter einem auf drei Prozent (1912). In seinen „Erinnerungen“ hat sich Eickhoff über seine eigene politische Karriere so gut wie gar nicht ausgelassen, vgl. Richard Eickhoff: Politische Profile. Erinnerungen aus vier Jahrzehnten. Dresden 1927.

61 Bernhard Mann (Bearb.): Biographisches Handbuch für das Preußische Abgeordnetenhaus 1867–1918. Düsseldorf 1988, S. 119.

62 Lothar Albertin/Konstanze Wegner (Bearb.): Linkoliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei. Düsseldorf 1980, S. 442 u. 772.

(national-)liberalen Bürgertum während des „Wilhelminismus“ nicht nur einen hohen Stellenwert hatte, sondern auch die Sphäre der „Honoratiorenpolitik“ hinter sich gelassen hatte. Eher kommt hier die organisatorische Verdichtung zum Ausdruck, die für den wilheminischen Liberalismus schon des Öfteren konstatiert worden ist.⁶³

Die von den unterschiedlichen Liberalen doch sehr ernst genommene Parteienkonkurrenz steht auch in einem gewissen Spannungsverhältnis zu dem jetzt wieder auftauchenden Bild eines ausgeprägt autoritären politischen Systems im Kaiserreich, welches gerade mit der damaligen Stellung von Parteien und Reichstag begründet wird.⁶⁴ Die Art und Weise, mit welchem Aufwand um Reichstagsmandate gekämpft wurde, legen nahe, dass es dabei nicht um eher unwichtige Positionen, die zudem für Parteien und Mandatsinhaber über lange Zeit anders als heute ganz und gar nicht lukrativ waren, in einem eher ephemeren Gremium ging.⁶⁵ Nicht nur in der Öffentlichkeit hatte eine möglichst starke Stellung im Reichstag zweifellos eine sehr hohe Bedeutung, was wiederum Rückschlüsse auf das faktische Gewicht dieses Teils der kaiserzeitlichen Legislative zulässt, ohne zugleich behaupten zu wollen, das deutsche Kaiserreich wäre bereits eine „lupenreine Demokratie“ gewesen. Aber Parteienkonkurrenz und Parteienkampf hatten zweifellos – anders als von den eher konservativen Schöpfern des deutschen Nationalstaats wohl beabsichtigt – auch positiven Einfluss auf die politische Kultur in Deutschland.⁶⁶

Insofern liegt das Kaiserreich nicht nur wie ein drohender „Schatten“ auf dem gegenwärtigen Deutschland, sondern bildet in vielem den Ursprung der Gegenwart. Das gilt, wie dieser kleine Aktenbestand zeigt, auch für die Parteipolitik. Die Suche nach Quellen zur Finanzierung der Parteiarbeit oder die Art der Einflussnahme auf die öffentliche Meinung, indem die Wahl zum „Entscheidungskampf“ über Gut und Böse hochstilisiert wird, findet man auch heute noch zweifellos in der Konkurrenz zwischen den politischen Parteien. Aus dieser Perspektive erscheint das Engagement eines August Kolk und seiner nationalliberalen Parteifreunde alles andere als antiquiert, sondern recht modern.

63 Vgl. etwa Langewiesche: Liberalismus (wie Anm. 21), S. 147–155, Nipperdey: Deutsche Geschichte (wie Anm. 21), S. 528 u. Sperber: Voters (wie Anm. 35), S. 241.

64 Vgl. dazu Eckard Conze: Schatten des Kaiserreichs. Die Reichsgründung von 1871 und ihr schwieriges Erbe. München 2020, bes. S. 124–134. Anders nicht nur bei diesem Thema der Tenor bei Christoph Nonn: 12 Tage und ein halbes Jahrhundert. Eine Geschichte des Deutschen Kaiserreiches 1871–1918. München 2020, S. 284 f., 344 f., 454 ff. u. 461 f.

65 So auch Anderson: Lehrjahre (wie Anm. 32), S. 285.

66 Vgl. ebd., S. 293.

